Herr Matthias Thürauf, Oberbürgermeister der Stadt Schwabach
Herr Winfried Klinger, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwabach
Herr Dipl.-Ing. Hubert Maier, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwabach
Aufsichtsrat der Stadtwerke Schwabach

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit über einem Jahr halten die Stadtwerke Schwabach eine Beteiligungsoption an dem von der Fa. DONG Energy geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald. Die Entscheidung über die Genehmigung für den Bau des Kraftwerkes wird in einigen Monaten erwartet. Folglich wird dann auch für den Aufsichtsrat der Stadtwerke eine Entscheidung diesbezüglich anstehen.

Aus Sicht des Bundes Naturschutz, Kreisgruppe Schwabach, sprechen vor allem klimapolitische und ökologische Gründe gegen eine Beteiligung an diesem Kraftwerk, aus Sicht des Schwabacher Bürgers aber auch ernstzunehmende ökonomische Gründe:

- Als ein Argument für die Option einer Beteiligung an diesem Kraftwerk wird u.a. eine bezahlbare Belieferung der Schwabacher Bevölkerung mit Elektroenergie genannt. Das Steinkohlekraftwerk soll seine Kohle aus Asien oder Australien beziehen. Allein 2006 gingen beispielsweise in China 174 Kohlekraftwerke ans Netz, also im Schnitt eines in zwei Tagen. (Quelle Siemens AG, pictures of futur, 2008) Zurzeit entsteht in China aller 3 Tage ein neues Kohlekraftwerk. Es ist daher nicht einschätzbar, wie sich der heutige vergleichweise günstige Preis für Steinkohle in den nächsten Jahren entwickeln wird.
- Derzeit werden CO₂-Zertifikate den Betreibern von Kraftwerken noch kostenlos überlassen, ab 2013 wird dies nicht mehr möglich sein. Die Betreiber werden diese Zertifikate ersteigern müssen. Eine preisliche Bewertung ist derzeit nicht kalkulierbar. Damit ist derzeit eine seriöse Berechnungen der Kosten für die Erzeugung einer georderten Strommenge bereits ab dem Jahre 2013 nicht möglich.
- Die vom Bundesminister Gabriel in Auftrag gegebene Leitstudie 2008 sieht für spätestens 2020 die Erzeugerkosten für regenerativen Strom geringer als für Strom aus fossilen Brennstoffen. Damit ist eine Investition in ein Steinkohlekraftwerk eine enorme kurzsichtige Festlegung, die Mittel bis zum Jahr 2050 bindet.
- Maximal bis 2020, also gut 7 Jahre nach der eventuellen Fertigstellung des geplanten Kraftwerkes, könnte es zu einem positiven Effekt für den Stromkunden kommen, danach zahlen wir 30 Jahre drauf, was insbesondere für den Geldbeutel der Schwabacher Bürger negativ ist. Ein massiver Wechsel Schwabacher Stromkunden zu anderen billigeren Anbietern ist jetzt schon vorprogrammiert.
- Nachdem bei der Anhörung zum Kraftwerk massive Mängel bei der Planung und Fehler im Umweltbericht aufgedeckt wurden, kündigte DONG Energy Nachbesserungen an. Die entstehenden Kosten sind derzeit noch nicht zu beziffern.
- DONG Energy spricht von der Möglichkeit Verfahren zur CO2-Abscheidung und Einlagerung zu prüfen. Abgesehen davon, dass bisher noch kein Experte die Möglichkeit bestätigt hat, dies nachträglich zu tun, wird sich durch diese erneute bisher monetär noch nicht bewertete Investition die Energieeffizienz des Kraftwerkes senken.

Ökologische Gründe

 Mit einem Steinkohlekraftwerk Lubmin würden rund 1000 Kilogramm Quecksilber pro Jahr in die Umwelt eingetragen. Dadurch widerspricht das geplante Kraftwerk den Verpflichtungen der HELCOM-Konvention zur Quecksilber-Emissionssenkung. Deutschland hat sich darin zur Minderung von Schadstoffeinträgen in die Ostsee verpflichtet. Das Kraftwerk erhöht die Einträge wesentlich. Derzeit trägt Deutschland mit etwa 30 kg zur Quecksilberbelastung der Ostsee über den Luftpfad bei. Mit dem geplanten Kraftwerk steigt der Quecksilbereintrag in die Ostsee aus Deutschland um das 17-fache.

- Die Einleitung von erwärmtem Kühlwasser in den Greifswalder Bodden führt mit hoher Wahrscheinlichkeit im Boddenwasser zur verstärkten Entwicklung von gefährlichen Krankheitserregern, so genannten Vibrionen. Diese Erreger lösen schwere Blutvergiftungen aus und können bei Menschen mit schwachem Immunsystem innerhalb kurzer Zeit zum Tode führen. In warmen Sommern gab es an den Stränden Usedoms bereits durch Vibrionen ausgelöste Todesfälle.
- Ebenfalls durch die Einleitung von erwärmtem Kühlwasser steigt die Wahrscheinlichkeit von explosionsartigen Vermehrungen von Cyanobakterien (früher als "Blaualgen" bezeichnet). Diese Massenentwicklung der Bakterien führen zu den bereits jetzt unter hohen Sommertemperaturen an der Ostseeküste auftretenden "Bakterienteppichen". Auch diese Bakterien sind giftig und können z.B. wie im Herbst 2008 im Greifswald zum Tod von Hunden führen.
- Die Stickstoff- und Schwefelemissionen aus einem Kohlekraftwerk in Lubmin würden zu starker Belastung von Lebensräumen führen, die im FFH-Gebiet "Greifswalder Bodden, Teile des Strelasund und Nordspitze Usedom" als "prioritäre" Lebensräume nach der europäischen FFH-Richtlinie besonders zu schützen sind. Es handelt sich dabei um die Borstgrasrasen und die Graudünen. Auch die Wälder wären mit einem Kohlekraftwerk am Standort Lubmin mit dem bis zu zehnfachen der verträglichen Stickstoffmenge belastet.
- Der Greifswalder Bodden ist eines der wichtigsten Laichgebiete des Herings in der Ostsee. Das Laichgeschehen der Fische ist sehr temperaturabhängig und zudem auf das Vorhandensein von bestimmten Wasserpflanzen, z.B. Seegras, angewiesen. Durch die Einleitung des mit Nährstoffen belasteten erwärmten Kühlwassers des Kraftwerks in den Greifswalder Bodden droht das empfindliche Laichgeschehen des Herings aus dem Rhythmus zu geraten.
- Das erwärmte Kühlwasser kann zu starken Beeinträchtigungen streng geschützter Küsten- und Meereslebensräume des Greifswalder Boddens und der dort lebenden Tiere und Pflanzen führen. Diese Folgen lassen sich nicht genau prognostizieren, müssen aber bei einem hochwahrscheinlichen Eintreten in Form von Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Für zahlreiche Meerestiere, für Wasservögel und insbesondere für den Hering gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keine Möglichkeit, Ersatzlebensräume zu schaffen.

Das klimapolitischen Ziel der Bundesregierung den CO₂-Ausstoß in Deutschland bis ins Jahr 2020 um 36 % gegenüber 1990 zu verringern, kann nicht erreicht werden, wenn, wie derzeit geplant, mehr neue Kohlekraftwerke mit einem höheren CO₂-Gesamtausstoß ans Netz gehen, als abgeschaltet werden. Schwabach als Mitglied des Klimabündnisses sollte seiner Verantwortung diesem Ziel gegenüber bewusst sein. Mit der geplanten Beteiligung würde die Stadt Schwabach unseren Bürgern einen fossilen Klotz für die Zukunft bescheren.

Fazit: Die Beteiligung an einem Steinkohlekraftwerk ist aus ökologischen und klimapolitischen Gründen abzulehnen. Insbesondere stellt sie jedoch aus ökonomischen Gründen ein nicht abzuschätzendes Risiko dar, das den Handlungsspielraum der Stadtwerke Schwabach für viele Jahre gegen Null führt. Möglichkeiten zu risikoärmeren und klimapolitisch sinnvolleren Investitionen sind gegeben, wir empfehlen die geplanten Geldmittel (und bitten eindringlich darum) in risikoärmere und klimapolitisch sinnvollere Beteiligungen wie z.B. Parabolrinnenkraftwerk Andasol, regenerative Kombi-Kraftwerke oder Anlagen auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung mit hoher Energieeffizienz zu investieren. Besonders sinnvoll erscheinen lokale Investitionen in Projekte mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Schwabach

Almut Churavy

1. Vorsitzende